

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 25. April 1988

Blatt 747

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- TRI und PER in „Ile de France-Käse“ (748/FS: 22.4.)
- Belagsarbeiten in der Gerasdorfer Straße (749/FS: 22.4.)
- Wasserrohrverlegungen für die Aufschließung von Neueßling (749/FS: 23.4.)
- Häupl eröffnete Schönbornpark (750/FS: 22.4.)
- Bürgerdienst im ORF (752/FS: 24.4.)
- Biedermeier gefragt — auch in Augarten-Porzellan (752)
- Saisonende für Pensionistenklubs (754)
- Städtetag im Zeichen des Umweltschutzes (755)
- Wiener Landtag (756-760)
- Wiener Gemeinderat (761-765)
- Verkehrsbeschränkung auf der Gerasdorfer Straße (nur FS/23.4.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Neue Einbahn in Dornbach (nur FS)

Kultur:

- Renovierungsarbeiten in der Mozart-Wohnung (751/FS: 23.4.)
- „Ewig wird Mutter Eva regieren“ — Podiumsdiskussion im Historischen Museum (751)
- Sonderausstellungen im Bezirksmuseum Liesing (751)
- 75. Geburtstag von Stadtrat a. D. DDr. Prutscher (753)

TRI und PER in „Ile de France-Käse“

Wien, 22.4. (RK-KOMMUNAL) In einer weiteren französischen Käsesorte, im Ile de France, mit Ablaufdatum 19. Mai bzw. 26. Mai, wurden in der Bundes-Lebensmitteluntersuchungsanstalt nun zwischen 0,11 und 0,54 Milligramm Trichloräthylen bzw. Perchloräthylen gefunden. Diese Käsesorten werden aus dem Verkehr gezogen. (Schluß) hrs/rr

Bereits am 22. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Belagsarbeiten in der Gerasdorfer Straße

Wien, 22.4. (RK-LOKAL) Wegen Belagsarbeiten muß die Gerasdorfer Straße ab Montag, den 25. April, auf die Dauer von zwei Wochen von der Brünner Straße bis zur Ruthnergasse (in dieser Richtung) gesperrt werden. Stadteinwärts ist die Gerasdorfer Straße in dieser Zeit eine Einbahn, stadtauswärts wird eine Umleitung über die Carabelligasse und die Ruthnergasse geführt. (Schluß) roh/bs

Bereits am 22. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Wasserrohrlegungen für die Aufschließung von Neueßling

Gemeinderatsausschuß genehmigte 10,2 Millionen

Wien, 23.4. (RK-KOMMUNAL) Die Vergabe der Wasserrohrlegungsarbeiten in Neueßling mit Kosten von 10,2 Millionen Schilling genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport in seiner letzten Sitzung. Diese äußere Aufschließung dieses Stadtteils mit Trinkwasserleitungen ist Teil des Fünfjahres-Planes zum Anschluß aller bisher noch unversorgten Gebiete Wiens an das öffentliche Rohrnetz. (Schluß) and/gg

Bereits am 23. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Häupl eröffnete Schönbornpark

Wien, 22.4. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL eröffnete am Freitag nachmittag in Anwesenheit von Stadträtin Christine SCHIRMER, Bezirksvorsteher Walter KASPAREK, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Ludwig ZERZAN und Bezirksvorsteher-Stellvertreter Hannes ZIMA den neugestalteten Schönbornpark im 8. Bezirk. Häupl verwies auf die große Bedeutung dieses Parks als Erholungseinrichtung für den grünarmen 8. Bezirk. Weiters erwähnte er, daß die Bürgerinitiative, die sich für den Ausbau des Bunkers als Spielfläche eingesetzt hatte, einen wesentlichen Beitrag zur Umgestaltung geleistet habe. Er hoffe, daß den Bürgern der Josefstadt mit dem neugestalteten Schönbornpark eine Erholungsfläche geboten werde, die den Anforderungen aller Interessensgruppen gerecht werde, schloß Häupl. (Schluß) du/bs

Bereits am 22. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Renovierungsarbeiten in der Mozart-Wohnung

Wien, 23.4. (RK-KULTUR/LOKAL) In der Mozart-Wohnung, im Figaro-Haus, im 1. Bezirk, Domgasse 5, müssen Fußböden und Wände instandgesetzt werden. Während der Renovierungsarbeiten vom 25. April bis 6. Juni sind abwechselnd Teile der Gedenkstätte geschlossen. Dabei wird in zwei 3-Wochen-Etappen jeweils die Hälfte der Schausammlung zugänglich sein. (Schluß) gab/rr

„Ewig wird Mutter Eva regieren“ – Podiumsdiskussion im Historischen Museum

Wien, 25.4. (RK-KULTUR) Im Rahmen der Ausstellung „Judentum in Wien“ findet am 27. April im Historischen Museum der Stadt Wien eine Podiumsdiskussion unter dem Titel „Ejbik Wed Regire Mamme Chave... (Ewig wird Mutter Eva regieren...) — Wie patriarchalisch ist das Judentum?“ statt. Die von der Volkshochschule Hietzing veranstaltete Diskussion beginnt um 19.30 Uhr, die Ausstellung ist ab 18 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/bs

Sonderausstellungen im Bezirksmuseum Liesing

Wien, 25.4. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Liesing, Wien 23, Canavesegasse 24, sind zur Zeit folgende interessante Sonderausstellungen zu sehen:

- „150 Jahre Eisenbahn mit besonderer Berücksichtigung des Eisenbahnwesens im Raum Liesing“. Eine Kleinbahn-Modellanlage von zirka zehn Metern Länge stellt maßstabgetreu die Südbahn und die Schnellbahnstrecke Atzgersdorf — Mauer — Liesing dar.
- „60 Jahre Marktgemeinde Mauer“
- Eine Gedenkausstellung „März 1938“.

Die Ausstellungen sind jeweils Mittwoch und Samstag, von 10 bis 12 Uhr, bei freiem Eintritt zugänglich. (Schluß) gab/gg

Bereits am 23. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Bürgerdienst im ORF

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) Die regelmäßigen Live-Sendungen des Studios Wien mit dem Bürgerdienst beginnen am Dienstag, dem 26. April, mit neuer Sendezeit wieder: Von 14 bis 14.30 Uhr und von 15 bis 15.30 Uhr gibt es über UKW 90 und 95 eine Live-Übertragung vom Bürgerdienst-Bus, der am 26. nachmittags auf dem Viktor-Adler-Markt in Favoriten steht. Gemeinsam mit dem Mobilien Bürgerdienst werden Beschwerden, die die Hörer der Welle Wien beziehungsweise die Besucher des Bürgerdienst-Busses an Ort und Stelle bringen, beim Bürgerdienst — wie immer — möglichst sofort erledigt. (Schluß) hrs/bs

Bereits am 24. April 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Biedermeier gefragt - auch in Augarten-Porzellan

Wien, 25.4. (RK-LOKAL/WIRTSCHAFT) Biedermeier ist in. Möbel aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erzielen derzeit Spitzenpreise, die Biedermeier-Ausstellung im Wiener Künstlerhaus erfreut sich regen Besuches. Auch die Wiener Porzellanmanufaktur Augarten registriert steigende Nachfrage nach Dekoren aus dem Biedermeier.

Die verschiedenen Streublumendekore, die seit Beginn des 19. Jahrhunderts im Erzeugungsprogramm der Manufaktur aufscheinen, sind im Sog des Biedermeier-Booms zu sehr begehrten Artikeln geworden.

Biedermeier-Dekore sind nicht nur die am meisten Verkaufte der Wiener Porzellanmanufaktur Augarten, im Biedermeier hatte die Wiener Manufaktur auch ihre erfolgreichste Zeit. Sie beschäftigte damals rund 500 Mitarbeiter, mehr als doppelt so viele wie heute. (Schluß) wh/gg

75. Geburtstag von Stadtrat a. D. DDr. Prutscher

Wien, 25.4. (RK-KULTUR) Der frühere ÖVP-Stadtrat DDr. Pius PRUTSCHER feiert seinen 75. Geburtstag. Er wurde am 27. April 1913 als Sohn des Architekten und Tischlermeisters Hans Prutscher in Wien geboren. Nach der Matura begann er ein Studium an der Hochschule für Welthandel, wo er 1934 den Titel des Diplomkaufmanns erwarb. 1936 promovierte er zum Doktor der Rechte an der Universität Wien und 1937 zum Doktor der Handelswissenschaften, wieder an der Hochschule für Welthandel. Eine Tischlerlehre schloß er 1937 mit der Gesellenprüfung ab, 1940 folgte die Meisterprüfung.

1959 wurde Dkfm. DDr. Pius Prutscher Wiener Bundesinnungsmeister der Tischler. Bereits seit November 1945 gehörte er als ÖVP-Mandatar dem Wiener Gemeinderat an.

Am 19. Juni 1964 wurde er in den Stadtsenat berufen und gleichzeitig zum amtsführenden Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten gewählt. Diese Position hatte er bis 1971 inne. (Schluß) red/rr

Saisonende für Pensionistenklubs

Wien, 25.4. (RK-KOMMUNAL) Am Freitag, dem 29. April, beenden die Pensionistenklubs des Sozialamtes der Stadt Wien ihre Betriebsperiode 1987/88. In den 189 Pensionistenklubs wurden während sieben Monaten rund 17.500 Besucher betreut. Die Pensionistenklubs sind ab Oktober wieder geöffnet.

In den kommenden Monaten treffen die Klubbesucher einander zu vier gemeinsamen Tagesausflügen. Anmeldungen für den Besuch der Pensionistenklubs, die neben Unterhaltung, kulturellen Veranstaltungen, Basteln und Werken, die Möglichkeit zum Lesen, Vorträge zu hören und Filme zu sehen, bieten, nimmt das zuständige Bezirks-Sozialreferat bzw. die Bezirksvorstehung entgegen. (Schluß) jel/bs

Städtetag im Zeichen des Umweltschutzes

Wien, 25.4. (RK-KOMMUNAL) Vom 27. bis 29. April findet in Innsbruck der 38. Österreichische Städtetag statt, die Generalversammlung des Österreichischen Städtebundes, an der 600 Mandatäre aus österreichischen Gemeinden, und Vertreter kommunaler Verbände aus dem benachbarten Ausland, darunter auch aus Ungarn, Jugoslawien und Südtirol, teilnehmen werden. Als Hauptthema wurde „Stadt und Umwelt“ gewählt, ein Thema, das hohe Priorität besitzt und noch keineswegs bewältigt ist. Zu diesem Thema werden in drei Arbeitskreisen Fachleute aus dem In- und Ausland zu Wort kommen:

- Städtische Umwelt — öffentlicher Raum
(Vorsitz Bgm. Romuald NIESCHER, Innsbruck)
- Luftreinhaltung, Lärmschutz, Abwasserreinigung
(Vorsitz Bgm. Alfred STINGL, Graz)
- Abfallwirtschaft
(Vorsitz Vbgm. Kurt PETERLE, Klagenfurt)

Die Hauptreferate werden der Wiener Umweltschutzstadtrat Dr. Michael HÄUPL und Frau Bundesminister Dr. Marilies FLEMMING halten.

13,4 Millionen Tonnen Sondermüll

Ein Beispiel für die Problematik stellt die Abfallentsorgung dar.

Es sind zwar die Zuwachsraten beim gesamten Müllaufkommen nicht mehr so groß wie noch vor einigen Jahren, trotzdem ist eine deutliche Verschiebung in Richtung Gefährlichkeit des Mülls festzustellen. Bei allen Behandlungsarten fallen wieder Rückstände, wie etwa Filterkuchen aus der Rauchgasreinigung und Klärschlamm aus der Abwasserreinigung, an, deren umweltkonforme Entsorgung ebenfalls gesichert werden muß.

Das Bundesinstitut für Gesundheitswesen geht in seiner Abfallerhebung 1984 von einem Sonderabfallaufkommen in ganz Österreich von 13,4 Millionen Tonnen aus, das sind produktionsbedingte Abfälle aus Industrie und Gewerbe, die nach den derzeit gesetzlichen Grundlagen als „Sondermüll“ gelten.

Davon gelangen vier Millionen Tonnen organisch belastete Spül- und Waschwasser in die Kanalisation, zwei Millionen sind Aushubmaterial für Neubauten und Bauschutt, die deponiert werden. 450.000 Tonnen wandern in den Hausmüll. Als „überwachungsbedürftige Sonderabfälle“ nach Ö-Norm S 2101 schätzt das Institut ein Aufkommen von einer Million Tonnen jährlich.

Wenn man die Menge auf den „Begleitscheinen“ nach dem Sonderabfallgesetz und dem Altölgesetz zusammenrechnet, kommt man aber nur auf 200.000 Tonnen Sonderabfall jährlich. In den EBS Wien wurden im Jahr 1987 57.000 Tonnen, vorwiegend aus Wien und Niederösterreich, entsorgt.

Diese Zahlen zeigen, welchem Problemdruck die Gemeinden ausgesetzt sind, auf deren Gemeindegebiet der Sonderabfall mangels entsprechender Entsorgungsmöglichkeiten verschwindet, und wie wichtig es ist, daß gesetzliche Regelungen erlassen, die Kontrollen verstärkt, aber auch entsprechende Anlagen und Einrichtungen geschaffen und finanziert werden, die eine gesicherte Entsorgung ermöglichen. (Schluß) roh/rr

Wiener Landtag

Fragestunde

Wien, 25.4. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag trat am Montag um 9 Uhr unter dem Vorsitz des Ersten Präsidenten, Ing. Fritz HOFMANN, zu seiner fünften Sitzung der laufenden Legislaturperiode zusammen.

Auf der Tagesordnung stehen das Wiener Auskunftspflichtgesetz sowie die Novelle zum Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz sowie eine dringliche Anfrage der Volkspartei zum Thema Waldsterben. Die Sitzung wurde mit einer Fragestunde eingeleitet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte Landeshauptmann Dr. ZILK, daß die geplante Weltausstellung nicht ausschließlich über Sponsoren finanziert werden könne. Das Heranziehen von Sponsoren und Werbeträgern könne aber die Kosten wesentlich senken. Unabhängig davon würden auch erhebliche Kosten zur Verbesserung der Infrastruktur, wie etwa Verkehrsträger etc., auftreten. Der Vorbereitungsverein werde selbstverständlich auch ein Finanzierungskonzept erarbeiten.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. FÜRST (ÖVP) über die vorgeschlagenen neuen KFZ-Kennzeichen (rückstrahlend mit Buchstaben-Ziffern-Kombination) stellte Lhpt. Dr. Zilk fest, daß sich die Landeshauptmännerkonferenz in Dürnstein mit diesem Thema befaßt habe. Die Landeshauptleute seien für diese Kennzeichen, wenn sichergestellt werden könne, daß bei einem Beitritt Österreichs zur EG nicht neuerlich die Kennzeichen ausgetauscht werden müßten. Die Zusatzeinnahmen bei Wunschkennzeichen würden im Verhältnis 60:40 zwischen Ländern und Bund aufgeteilt.

LAbg. Mag. KAUER (ÖVP) erkundigte sich in der DRITTEN ANFRAGE, ob sich der Landeshauptmann für eine rasche Realisierung der Radareinrichtungen an der Süd-Ost-Tangente einsetzen werde. Landeshauptmann Dr. ZILK erklärte, daß die Verwirklichung in der Kompetenz zweier Ministerien liege und die finanziellen Mittel erst im heurigen Budget zur Verfügung stünden. Ende Mai sollen die ersten beiden Stationen in Betrieb sein, der Rest soll bis zum Sommer installiert werden. Druckmittel gegen den Bund gebe es allerdings nicht, die Stadt Wien habe immer nur auf die rasche Errichtung drängen können.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. Dr. STEYRER (SPÖ), welche Haltung das Land Wien zur Novellierung des Sonderabfallgesetzes einnehme, antwortete StR. Dr. HÄUPL (SPÖ), daß der Entwurf bereits vom Ministerrat verabschiedet wurde. Er unterscheide sich jedoch deutlich von jenem der Bundesländer, und es scheine, daß die Durchführung an die Länder delegiert werden solle. Unbefriedigend sei unter anderem, daß kontaminiertes Erdreich nicht als Sonderabfall behandelt werden soll. Der „Mülltourismus“ werde auch nach diesem Entwurf nicht unterbunden. Die Forderung nach einer Erhöhung der Strafen wurde nicht erfüllt. Im jetzt eingesetzten parlamentarischen Unterausschuß wollen die Bundesländer eine neuerliche Stellungnahme abgeben. Häupl verwies auf die gemeinsamen Anstrengungen von Wien und Niederösterreich zur Bewältigung und Minimierung des Sondermüllanfalls. Wien sei nach wie vor die einzige Gebietskörperschaft in Österreich, die eine Sonderabfallbeseitigungsanlage besitzt. Bei der jetzt laufenden Standortsuche für eine Sondermülldeponie in Niederösterreich müssen die Voraussetzungen für eine politische Akzeptanz durch eine technisch exzellente Vorbereitung und den Kontakt mit den betroffenen Bürgern geschaffen werden. Die niederösterreichischen Bürgerforen scheinen Häupl ein Schritt in die richtige Richtung zu sein. Als eine Vorleistung für das jetzt in Beratung stehende Gesetz bezeichnete der Wiener Umweltstadtrat die Tatsache, daß Wien für Sondermüll bereits ein Begleitscheinsystem realisiert hat und ein österreichweit beispielgebendes EDV-Konzept für die Überwachung entwickelte.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. BRIX (SPÖ), wie das sogenannte Streckenbewilligungsverfahren für Transporte gefährlicher Güter in Wien gehandhabt wird, antwortete StR. HATZL (SPÖ), daß diese Vorschrift seit 1. April in Rechtskraft ist. Seither ist eine Bewilligung für den Transport von etwa 165 gefährlichen Gütern notwendig. Man werde diese Vorschrift nach einer entsprechenden Übergangsphase etwa ab dem Juli besonders streng handhaben. Dabei werden nicht nur die Anzahl und Menge der Güter beschränkt werden, sondern auch die dafür zur Verfügung stehenden Strecken innerhalb Wiens. Die ZUSATZFRAGE, ob eine entsprechende Informationsstelle dafür eingerichtet werden könnte, bejahte Hatzl.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP), wann voraussichtlich die Entscheidung über einen zentralen Fernreisebahnhof für Wien getroffen wird, antwortete StR. SALLABERGER (SPÖ), daß nach den derzeit vorliegenden Besprechungsergebnissen und den zur Verfügung stehenden Finanzierungsmitteln mit einer Realisierung ab den Jahren 1992/93 zu rechnen ist, wobei von einem Standort im Bereich des Südostbahnhofes auszugehen ist.

Auf die ZUSATZFRAGE, ob dabei nicht mit weniger als den geschätzten 5,3 Milliarden Schilling das Auslangen gefunden werden könne, antwortete Sallaberger, daß eine entsprechende Studie dies nachzuweisen versuche, wobei die Planer von einer Überbauung und ökonomischen Verwertung der Bahntrasse ausgehen.

Auf eine weitere ZUSATZFRAGE, ob für den Güterverkehr nicht ein zusätzlicher Umschlagbahnhof errichtet werden soll, sagte Sallaberger, daß eine Errichtung am Stadtrand günstig wäre. Grundsätzlich sollten alle Grundflächen und Einrichtungen der Bundesbahn in die Überlegungen einbezogen werden, denn die Stadtplanung stehe in engem Zusammenhang mit den Überlegungen der Bahn zur Realisierung ihres neuen Konzepts.

Zur SIEBENTEN ANFRAGE von LAbg. GINTERSDORFER (FPÖ) über Bestrebungen, die Kompetenzen für den Denkmalschutz den Ländern zu übertragen, stellte StR. Dr. PASTERK fest, daß es bereits seit 1976 Bestrebungen gebe, den Ländern auf diesem Gebiet mehr Kompetenzen im Vollzug, nicht aber in der Gesetzgebung zu übertragen. Derzeit seien Verhandlungen mit dem Bund im Gange, wobei Wien eine geänderte Behördenzuständigkeit mit Mitwirkungsrechten anstrebe. Das Beispiel Ronacher zeige, daß Wien hier eher strenger vorgehe als das Bundesdenkmalamt. In seinen ZUSATZFRAGEN verwies LAbg. Gintersdorfer auf einen Expertenprotest gegen eine „Verlängerung“ in diesem Bereich. Die Experten hätten die Sorge geäußert, daß Länder verstärkt unter den Druck von Interventionen geraten könnten. Dr. Pasterk unterstrich ihre Wertschätzung für die Arbeit des Bundesdenkmalamtes, meinte aber doch, daß es sinnvoll wäre, den Ländern im Vollzugsbereich mehr Kompetenzen einzuräumen.

Wiener Auskunftspflichtgesetz

StR. SALLABERGER (SPÖ) beantragte die Annahme des Wiener Auskunftspflichtgesetzes, das die Auskunft der Organe des Landes und der Gemeinde Wien über die Angelegenheiten in ihrem Wirkungsbereich regelt. Demnach ist jedermann Auskunft zu erteilen, soweit eine gesetzliche Verschwiegenheitspflicht dem nicht entgegensteht.

Präs. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP) begrüßte das Gesetz, das nun das Recht des Bürgers auf Auskunft regelt und diese Auskunft zu einer Pflicht der Verwaltung macht. Dieses Gesetz stellt damit ein Stück mehr Republik, ein Abgehen von hoheitlicher Verwaltung dar.

LAbg. JANK (SPÖ) wies darauf hin, daß mit diesem Gesetz dem Bedürfnis des Bürgers nach Transparenz und tatsächlicher Information nachgekommen wird. Es bedeutet für Wien gesetzliches Neuland, da es bisher

Forts. von Blatt 756

Forts. auf Blatt 758

keine Auskunftspflicht gegeben hat. Allerdings hat die bürgernahe Verwaltung Wiens vom Bürgerdienst bis zum Landes- und Stadtarchiv bereits vielfach in seinem Sinne gehandelt.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde in 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen.

Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz

StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) beantragte eine Novelle zum Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz. Demnach ist die Stadt Wien in den Fällen, in denen sie zur Bestattung Verstorbener verpflichtet ist, nicht primär auch zur Tragung der Kosten verpflichtet. Über die Ausstattung der zum Leichentransport verwendeten Fahrzeuge können nähere Vorschriften erlassen werden. Die Feuerbestattung soll nur mit Materialien durchgeführt werden dürfen, die keine Gefahren für die Gesundheit von Menschen und für die Umwelt darstellen.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde in 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen.

Dringliche Anfrage über Maßnahmen gegen das Waldsterben

Die ÖVP brachte eine Dringliche Anfrage über Maßnahmen gegen das Waldsterben in den Wiener Quellschutzgebieten und über die Sicherung der Wiener Trinkwasserversorgung ein.

In der Begründung der Dringlichen Anfrage stellte LAbg. Dr. HAWLIK (ÖVP) fest, das ständig fortschreitende Waldsterben stelle nach wie vor ein großes Problem dar. Nach der letzten Waldzustandsinventur sei Wien mit 68,5 Prozent geschädigten Waldbestandes das mit Abstand am ärgsten betroffene Bundesland.

In der Debatte zur Dringlichen Anfrage hob LAbg. Dr. HAWLIK hervor, daß sich die Wälder in den Quellschutzgebieten in einem Maße verschlechtert hätten, daß Anlaß zu ernster Sorge bestehe. Die Schäden haben in letzter Zeit stark zugenommen, und es würden keine geeigneten raschen Maßnahmen zur Sanierung gesetzt. Die Anreicherung des Bodens mit Schwermetallen, die Auswaschung von Nährstoffen und die Bodenversauerung sowie die Wildschäden in den Schutzwäldern im Rax- und Schneeberggebiet hätten zugenommen. Wien habe zwar seit 1982 ein Luftreinhaltegesetz, dessen Exekution aber nicht möglich sei, weil die Durchführungsverordnungen fehlen. Es sei eine Schande, so Dr. Hawlik, daß diese Verordnungen noch nicht erlassen seien.

Er bedauere es, daß sein Vorschlag zur Errichtung eines Nationalparks Wienerwald abgelehnt worden sei, betonte LAbg. Mag. KABAS (FPÖ). Die Initiative müsse von Wien ausgehen, weil damit die vitalen Interessen der Stadt Wien berührt werden. Kabas wiederholte einen schon vor längerer Zeit gemachten Vorschlag der FPÖ, den Wienerwald im Bereich der Bundeshauptstadt als Bannwald zu deklarieren. Zu den noch ausstehenden Verordnungen zum Vollzug des Luftreinhaltegesetzes meinte Kabas, daß die dazu nötigen Unterlagen seitens der Akademie der Wissenschaften bereits vorliegen. Weiters forderte Kabas, die Stadtverwaltung solle durch Förderungen im Ausmaß von je 3.000 Schilling den nachträglichen Einbau von Katalysatoren schmackhaft machen. Damit könnte eine beachtliche Reduktion von Schadstoffen erzielt werden.

Die Stadt Wien hat in den letzten Jahren Maßnahmen gesetzt, die sich sehen lassen können und die vorbildlich sind, sagte LAbg. BRIX (SPÖ). So konnte auf dem Gebiet der Luftreinhaltung enorm viel erreicht werden. Die Wiener Kraftwerke und Müllverbrennungsanlagen werden bis Anfang der neunziger Jahre international beispielgebend sein. Beim Schwefeldioxid- und Stickstoffausstoß konnten große Verbesserungen erzielt werden. Die

Forts. von Blatt 757

Forts. auf Blatt 759

in Wien beim Flötzersteig, den Entsorgungsbetrieben Simmering und künftig bei der Spittelau angewandten Grenzwerte sind deutlich besser als die bundesgesetzlich vorgeschriebenen. Beim Vergleich Wiens mit Tirol und Vorarlberg hinsichtlich der Förderung des Katalysatoreinbaus sind, so Brix, die unterschiedlichen Dimensionen zu berücksichtigen. Während Wien dafür 450 Millionen ausgeben müßte, wären es in Tirol und Vorarlberg zusammen höchstens 60 Millionen. Brix verwies dann auf die Anstrengungen des städtischen Forstamtes, den Wald zu schützen, während jenseits der Stadtgrenzen beispielsweise überbreite Forststraßen angelegt werden dürfen. Wien pflanzt Millionen Bäume und führt in mehreren Stadtteilen Aufforstungen durch. Der hohe Waldanteil von 18 Prozent soll erhalten und womöglich vergrößert werden.

Seit Jahren kränkt der Wienerwald, kritisierte LAbg. WELAN (ÖVP). Die zweite Rettung des Wienerwaldes ist, so Welan, schwieriger, langwieriger und politischer als die erste und eine Aufgabe für mehrere Generationen. Für die Rettung des Wienerwaldes sollte ebensoviel Öffentlichkeitsarbeit wie für die Rettung des Stephansdomes aufgewendet werden. „Wenn wir uns für eine Weltausstellung vorbereiten, sollten wir auch eine Waldausstellung vorbereiten“, forderte Prof. Welan. Der Wienerwald sei im Wiener Stadtgebiet deutlich mehr geschädigt als im übrigen Teil. Es gebe aber, obwohl der Wienerwald als eines der bedeutsamsten österreichischen Waldschadensgebiete bezeichnet werden muß, keine detaillierte Waldinventur, keine Waldschadenskarte, obwohl diese für Feindiagnosen und Therapien notwendig wäre. Eine vernetzte Vorsorgepolitik fehlt nach Meinung von Prof. Welan. Die ÖVP fordert ein Maßnahmenbündel, zu dem unter anderem eine radikale Minderung der Emissionen, ein Verkehrskonzept und eine Generalsanierung des Wienerwaldes, gestützt auf die großen Erfahrungen Wiens gehören sollten. Der Wienerwald sollte zum Nationalpark werden, wenn schon nicht rechtlich, dann in den Auswirkungen, im Hinblick auf seine Nähe zum Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen. Es wäre eine Bodenschutzkonzeption notwendig. Der Zusammenhang zwischen Ökologie und Demokratie sollte beachtet werden. Es sollte einen besseren Dialog auf Bezirks-, Landes- und Expertenebene geben.

LAbg. OUTOLNY (SPÖ) meinte, daß die Opposition zu oft die erfolgreiche Arbeit der Stadt Wien zum Schutz des Waldes und zur Luftreinhaltung ignoriere. Tatsache sei, daß die Ursachen und Zusammenhänge für das Waldsterben selbst von der Wissenschaft noch nicht eindeutig erfaßt worden sind. Er erachte etwa die Zusammenarbeit betreffend den Wienerwald mit Niederösterreich für sehr wichtig und gut. Outolny verwies darauf, daß im März das europäische Umweltjahr zu Ende gegangen ist. Trotz einer sehr negativen Gesamtbilanz sei Österreichs Vorreiterrolle beim Umweltschutz in vielen Bereichen bestätigt und gerechtfertigt worden. Und innerhalb Österreichs habe vielfach Wien diese Vorreiterrolle. Outolny wies darauf hin, daß Wien bereits seit 1982 ein Luftreinhaltegesetz hat, Niederösterreich seit 1986. Aber ohne Zweifel seien noch weitere Maßnahmen notwendig.

StR. Dr. HÄUPL (SPÖ) stellte in seiner mündlichen Beantwortung der Dringlichen Anfrage zunächst fest, daß die Bekämpfung des Waldsterbens zu einer nationalen Aufgabe geworden ist. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, daß die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Verwaltung in Wien funktioniere. Im Auftrag der Stadt werden zahlreiche Untersuchungen durchgeführt, die eine Grundlage für die praktische Arbeit bilden.

Bei der Bekämpfung des Waldsterbens ist die Verringerung der Luftschadstoffe nur ein Problem von vielen. So werden beispielsweise die jährlichen Schäden durch Luftverunreinigung in einer sozialpartnerschaftlichen Studie mit zwei Milliarden Schilling angegeben, während die Wildschäden in Österreichs Wäldern jährlich drei bis vier Milliarden Schilling ausmachen.

Forts. von Blatt 758

Forts. auf Blatt 760

Forts. von Blatt 759

Neben der Zusammenarbeit sei vor allem auch die Information und Umwelterziehung der Menschen zu verstärken.

In der formellen Beantwortung der Dringlichen Anfrage sagte StR. Häupl, daß derzeit in Wien am Entwurf für ein Bodenschutzgesetz gearbeitet wird. Auch auf Bundesebene seien derartige Vorbereitungen im Gang. Im Forstgesetz sei das Vorsorgeprinzip als Grundlage für eine langfristige Waldsanierung enthalten, und Wien handle auch danach. Die Waldschadensforschung werde in Wien durch zahlreiche Forschungsaufträge an Hochschulen und Instituten vorangetrieben. Das Naturschutzmanagement funktioniere durch die gute Zusammenarbeit der Magistratsabteilungen. Zudem werde demnächst in der Magistratsabteilung 49 ein Waldschadensreferat eingerichtet. Zur Festsetzung effektiver Schadstoffgrenzwerte der Luft wird derzeit an Verordnungsentwürfen gearbeitet, die den letzten Stand der Technik berücksichtigen sollen. Teilweise bestehen derartige Grenzwerte bereits jetzt, sagte Häupl. Die positive Wirkung von Katalysatoren stehe außer Zweifel. Ihm stellten sich die Fragen, so Häupl, weshalb daher eine bundesgesetzliche Regelung zur Nachrüstung von Autos nicht zustande komme und warum in Österreich ein Katalysator ohne die notwendigen Einbaukosten zwischen 6.000 und 8.000 Schilling, in Japan aber nur 1.000 Schilling kostete. Eine Förderung wäre grundsätzlich möglich, sie erfordere aber bei geschätzten 150.000 Nachrüstungen einen sehr hohen finanziellen Aufwand. Zum Schutz der Wiener Quellschutzgebiete erfolgt seit Jahren eine naturnahe Waldbewirtschaftung, sagte Häupl. Es gebe keinen Kahlschlag, es werden keine Pestizide zur Schädlingsbekämpfung und keine Großmaschinen eingesetzt. Es wird künftig Bioöl für Motorsägen verwendet und es erfolge kein Forststraßenbau mehr. Zur Walderhaltung und Aufforstung sei Wien durch mehrere Bundes- und Landesgesetze verpflichtet. Und schließlich wird seit Jahren eine intensive Umweltinformation durch die Stadt Wien betrieben. Auch in den Schulen gebe es hervorragende Broschüren zum Umweltschutz. Trotzdem könne er sich ein integriertes Medienkonzept zwischen Bundes- und Landesebene vorstellen.

In der Frage des Waldsterbens müsse ausgesprochen werden, was ist. Gegenseitige Vorwürfe seien nicht hilfreich, schloß Häupl.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 12.45 Uhr. (Schluß) red

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 25.4. (RK-KOMMUNAL) Nach dem Landtag trat der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. NEUMANN (ÖVP) über die Absicht von Vizebürgermeister MAYR, den Vergnügungspark „Luna Luna“ um 45 Millionen Schilling zu erwerben, stellte Bürgermeister Dr. ZILK fest, daß derzeit die Gespräche noch im Laufen sind. Er teile die Ansicht von Vizebürgermeister Mayr und sei der Überzeugung, daß sich Wien-Werbung nicht auf die Präsentation von Heurigen, Sängerknaben und Lipizzanern beschränken dürfe. Bezüglich der Rentabilität verwies Zilk auf „Flic Flac“, wo im ersten Jahr 72 Prozent und im zweiten Jahr 60 Prozent der Kosten eingespielt werden konnten. In einer ZUSATZFRAGE meinte GR. NEUMANN, daß er sich schwer vorstellen könne, wie man „Luna Luna“ so umsetzen könne, daß es — beispielsweise in Moskau — mit Wien und den Wiener Weltausstellungsplänen im Zusammenhang gebracht wird. Zilk versicherte, daß eine entsprechende Popularisierung kein Problem sei und verwies auf das internationale Medienecho bei Andre Hellers Luftballonaktion. In einer zweiten ZUSATZFRAGE erkundigte sich GR. Neumann, ob die Folge- und Betriebskosten in den 45 Millionen Schilling, die bereits von der Zentralsparkasse in Form eines Kredits bereitgestellt worden seien, enthalten sind. Zilk teilte mit, daß die genannte Summe, in der auch die Instandsetzung von „Luna Luna“ enthalten sei, der Abgeltung von Rechten diene. Im übrigen verwies er darauf, daß auch andere Projekte der Fremdenverkehrswerbung, zum Beispiel für Produkte der Weinwirtschaft oder der Mode, aus Steuergeldern finanziert werden.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Mag. KABAS (FPÖ) über die Möglichkeit einer Förderungsaktion für Nachrüstkatalysatoren nach dem Vorbild Vorarlbergs, verwies StR. HÄUPL (SPÖ) auf seinen bereits im Landtag dargelegten Standpunkt. Er betonte, daß man prüfen müsse, ob ein Förderungssystem tatsächlich effizient sei. In einer ZUSATZFRAGE wollte Mag. Kabas wissen, ob Wien in dieser Frage gegenüber dem Bund die Initiative ergreifen werde. Häupl betonte die Notwendigkeit von Nachrüstkatalysatoren, meinte aber, daß es neben der Förderung auch die Möglichkeit einer gesetzlichen Verschreibung oder einer Abgabe für Autos ohne Katalysatoren gäbe.

Gerade im Umweltbereich habe sich herausgestellt, daß Förderungen nicht immer zielführend sind. In einer zweiten ZUSATZFRAGE verwies Kabas auf die in Vorarlberg laufende Förderungsaktion und wollte wissen, wann in Wien die weitere Vorgangsweise geklärt sein werde. Häupl stellte fest, daß die Ergebnisse der Vorarlberger Aktion bisher äußerst mager seien. Die Meinungsbildung in Wien werde seiner Ansicht nach bis zum Sommer abgeschlossen sein.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. BRIX (SPÖ), wie er das Ansuchen der Firma Shell um eine Ausnahmegenehmigung aus der Bausperre im Gebiet des Ölhafens Lobau beurteile, sagte StR. SALLABERGER (SPÖ), daß dieses Gebiet bis zur Verhängung der Bausperre im April 1987 die Widmung Industriegebiet gehabt hat. Durch das Vorhaben der Firma Shell liegt keine Umgehung dieser Widmung vor, weshalb auch ein Rechtsanspruch der Firma auf die Durchführung des Baues abgeleitet werden könnte. Generell sei zu sagen, daß die Planung der Firma Shell als umweltfreundlich bezeichnet werden kann und daß sie damit im Sinne einer umfassenden Lösung zu sehen ist, die eine Sanierung des gesamten Gebietes durch entsprechende Umweltmaßnahmen wie die gesamte Umspundung und die Errichtung einer zweiten Ölsperre vorsehen sollten.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. KAMMERER (SPÖ), welche Bedeutung er den Vorschlägen im Rahmen des Donauraumwettbewerbes für die Gestaltung der Uferbereiche des Donaukanals zumißt, sagte StR. SALLABERGER, daß er die Verwirklichung dieser Vorschläge nach dem Abschluß der Baumaßnahmen für den Rechten Hauptsammelkanal anstrebt. Im übrigen wird der Donaukanal nach der Inbetriebnahme des Hauptsammlers nicht mehr durch Wiener Abwässer verschmutzt werden und — bei Verwirklichung der entsprechenden Maßnahmen im oberen Bereich der Donau — eventuell sogar Badewasserqualität aufweisen können.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) gab StR. SALLABERGER bekannt, daß der ÖGB als Eigentümer der Grundstücke der Primavesivilla in Hietzing auf eine Bebauung des derzeitigen Gartens der Liegenschaft verzichte. Eine Neubearbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes werde er demnächst dem Gemeinderat vorlegen.

Kulturstadtrat Dr. PASTERK (SPÖ) befaßte sich in der Beantwortung der SECHSTEN ANFRAGE von GR. GINTERSDORFER (FPÖ) mit der Zukunft der Tschauner-Bühne in Ottakring. Sie suche nach einem gangbaren ökonomischen Weg, damit der Charme und der Charakter dieser Traditionsbühne erhalten bleibe. Eine Subvention in der Größenordnung zwischen vier und sechs Millionen Schilling erscheine ihr zu hoch, auch die Renovierung des Buffetbetriebes erachte sie als zu groß geplant. Die Renovierungskosten könnten nicht aus dem Kulturbudget kommen, sie habe aber bereits Gespräche mit Sponsoren aufgenommen.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) erkundigte sich in der SIEBENTEN ANFRAGE nach dem Zeitpunkt der grundsätzlichen Entscheidung, ob im Rinterzelt „BRAM“ erzeugt wird. Dazu erklärte StR. Dr. HÄUPL (SPÖ), daß im Rahmen der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes eine Gegenüberstellung von Abfallvermeidung, -trennung und -wiederverwertung erfolgt. Es wird auch entschieden, ob und in welchem Umfang Bram im Rinterzelt hergestellt werden soll. Ein Zwischenergebnis wird im Juni vorliegen, die entscheidenden Unterlagen sind für den kommenden Herbst zu erwarten. Häupl bekannte sich grundsätzlich dazu, einer Wiederverwertung gegenüber der Verbrennung den Vorzug zu geben. Sollte es jedoch nicht möglich sein, Abnehmer für Altstoffe zu finden, müsse es zu einer Verbrennung kommen.

Ankauf des Superädifikats Oberbayern

GR. Brunhilde FUCHS (SPÖ) beantragte den Kauf des Superädifikates Restaurant Oberbayern.

GR. KIRCHNER (FPÖ) kritisierte, daß es nicht Aufgabe der Stadt Wien sein könne, eine Bierhalle zu kaufen. Überdies sei der Kaufpreis zu hoch. Die Verschwendung von 12,6 Millionen Schilling für eine Großdisco sei ein sorgloser Umgang mit Steuergeldern.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) ergänzte, daß dieser Kauf eine „Gefälligkeitsreaktion“ gegenüber dem derzeitigen oder einem künftigen Nutzer sei. Unverständlich sei auch die Zustimmung der ÖVP. Es sei zu fragen, welche Interessen hinter diesem Kauf stehen. Als Standort für eine Discothek sei das Oberbayern von zweifelhafter Qualität. Außerdem sei der bauordnungsgemäße Brandschutz nicht gegeben.

StR. EDLINGER (SPÖ) kritisierte die Argumentation der FPÖ, wonach die Stadt Wien ein Bierlokal erwerben oder betreiben wolle. Der Ankauf des Gebäudes diene dazu, positive private Initiativen und Aktivitäten im Wiener Volkspark zu fördern. Um weitere „Spielhöllen“ im Prater zu verhindern, sei es notwendig, ordnend einzugreifen. Mit entsprechenden Investitionen für Brandschutzeinrichtungen müsse der künftige Pächter rechnen.

Forts. von Blatt 761

Forts. auf Blatt 763

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) übte Kritik an diesem ordnungspolitischen Eingriff. Kein Privater wäre bereit gewesen, diesen Kaufpreis zu zahlen. Außerdem liege bis jetzt das versprochene Praterkonzept noch nicht auf dem Tisch.

Die Berichterstatteerin GR. Brunhilde FUCHS (SPÖ) verwies darauf, daß es bereits einen Maßnahmenkatalog des Wirtschaftsförderungsfonds zur Erneuerung des Praters gebe. Der Erwerb des Oberbayern folge der Notwendigkeit einer größeren Mehrzweckhalle. Das Lokal sei leicht erreichbar, die Anrainer seien vor Lärm geschützt, der Kaufpreis sei angemessen und die Auswahl eines künftigen geeigneten Betreibers möglich.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Großversuch Tempo 30

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) stellte den Antrag, aus den Erträgen der Parkometerabgabe einen Betrag von 1,3 Millionen Schilling zur Finanzierung der im Jahre 1987 angefallenen Kosten des Großversuches Tempo 30 zu genehmigen.

In seiner Wortmeldung verwies GR. PRINZ (FPÖ) auf Versuche in München, bei denen von der Beschränkung auf Tempo 30 allerdings die Haupt- und Durchzugsstraßen ausgenommen sind. Die FPÖ unterstütze alles, was zu einer Reduktion der Lärmbelastigung führt, müsse aber vor einer Einbeziehung des gesamten Straßennetzes in eine Tempo 30-Aktion während der Nachtstunden warnen. Keinesfalls nütze es der Verkehrsmoral, wenn Tempo 30 verordnet wird, damit letztlich Tempo 50 eingehalten wird. Prinz regte an, die Autoindustrie zu veranlassen, die Kraftfahrzeuge leiser zu machen und die Verkaufsstrategie auf lärmgeplagte Menschen abzustimmen.

GR. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) verwies auf die im Wiener Parkometergesetz festgelegte Zweckbindung. In erster Linie seien die Erträge der Parkometerabgabe dem Garagenbau zuzuführen. Allerdings werde nur ein sehr geringer Teil des Geldes tatsächlich für neue Garagen verwendet. Anträge und Vorschläge der ÖVP, die Mittel zur Gänze für den Garagenbau zu verwenden, seien leider immer abgelehnt worden. Eine Verwendung dieser zweckgebundenen Gelder für eine Untersuchung zum Großversuch Tempo 30 sowie für die Anschaffung von Verkehrszeichen sei seiner Ansicht nach gesetzlich nicht gedeckt. Zur Einführung einer Geschwindigkeitsbeschränkung auf freiwilliger Basis meinte Regler, daß es die Unfallgefahr erhöhe, wenn einzelne Verkehrsteilnehmer anders fahren. Es gebe mehr Überholvorgänge, öffentliche Verkehrsmittel würden aufgehalten. Auch er plädierte wie sein Vorredner für ein Netz von Straßen, wo die zulässige Höchstgeschwindigkeit nicht unter 50 Stundenkilometer liegen dürfe. Das vorliegende Geschäftsstück müsse die ÖVP ablehnen, da sie die Verwendung von Mitteln der Garagenförderung für Maßnahmen der Verkehrssicherheit als zweckwidrig erachte.

GR. OBLASSER (SPÖ) bezeichnete den Großversuch „Tempo 30“ als notwendig, um nachzuweisen, wie sich die Maßnahme auswirkt. Das Ergebnis war in den vier Versuchsgebieten unterschiedlich und brachte wichtige Erkenntnisse. Oblasser wies darauf hin, daß sich Bürgermeister Zilk immer für eine Empfehlung für Tempo 30 bis 40 in den Nachtstunden ausgesprochen habe und die Möglichkeit einer späteren Volksbefragung in Erwägung gezogen habe.

Zur Zweckbindung der Parkometerabgabe sagte Oblasser, daß diese als Maßnahme für die Erleichterung des innerstädtischen Verkehrs definiert ist. Natürlich gehören dazu auch der Garagenbau und die Schaffung von Park-and-ride-Möglichkeiten, die von der Stadt Wien im Zuge des U-Bahn-Baues ja ohnedies berücksichtigt werde. Generell sei es notwendig, ein

Forts. von Blatt 762

Forts. auf Blatt 764

Konzept für den ruhenden Verkehr zu schaffen, das neben dem Garagenbau für die Wohnbevölkerung auch die Frage der Parkraumbewirtschaftung einschließt. Abschließend sprach sich Oblasser für die Verbesserung der Überwachungsmaßnahmen aus, um damit den Regelungen im Straßenverkehr den entsprechenden Nachdruck zu verleihen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Dringliche Anfrage über EKAZENT-Consult

Die ÖVP brachte eine DRINGLICHE ANFRAGE an den Bürgermeister über den geplanten Verkauf der EKAZENT-Consult ein.

In der Begründung der Dringlichen Anfrage betonte GR. Dr. MAIER (ÖVP), daß durch den geplanten Verkauf die Probleme rund um die EKAZENT-Consult im Zusammenhang mit dem Praterstadion nicht geklärt würden. Weiters kritisierte der Redner, daß die Grundsatzentscheidung über den Verkauf an allen Gremien des Gemeinderates vorbeigelaufen sei. Er forderte den Bürgermeister auf, alles zu tun, damit keine Kontrollen umgangen werden.

Zu Beginn der Debatte über die Dringliche Anfrage meinte GR. Dr. MAIER, die Transaktion stelle ein Schuldbekenntnis dar und den Versuch, sich der Kontrolle zu entziehen. Es müsse aber geklärt werden, wer dafür politisch verantwortlich sei. Die ÖVP werte die Transaktion als einen Hinweis auf eine verfehlte Holding-Politik, die mit ihren Firmenverflechtungen nicht mehr durchschaubar sei. Der geplante Verkauf der EKAZENT-Consult mache den Skandal nicht geringer.

Dr. Maier kritisierte, daß die Beteiligungskommission abgeschafft worden sei. Es sei dies ein Gremium gewesen, in dem Transaktionen im Zusammenhang mit der Holding besprochen worden sind. Er forderte den Bürgermeister auf, mangels politischer Kontrolle im Holdingbereich die Beteiligungskommission wieder einzusetzen.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte, er stehe Vizebürgermeister MAYR wohl kritisch gegenüber, wolle jedoch auch sinnvolle Aktionen anerkennen. Dazu gehöre der Verkauf von Gemeindefirmen, für die es keinen kommunalen Bedarf gibt, wie die EKAZENT-Consult. Das gelte unabhängig von den Vorkommnissen rund um die Stadion-Sanierung. Hirschall verwahrte sich gegen den Vorwurf von ÖVP-Gemeinderat Dr. Maier, es habe an Kontrolle gemangelt. Das Kontrollamt habe geprüft, und an diesem Bericht sei nicht zu rütteln. Die Verantwortung der EKAZENT-Consult stehe fest. Nun solle die Holding zeigen, wie sie zum Kontrollamtsbericht steht. Die Vernachlässigung der Bauaufsicht sei festgestellt. Er hoffe nun, führte Hirschall weiter aus, daß bald Konsequenzen bei der Geltendmachung von Regreßansprüchen gezogen werden. Der geplante Verkauf sei erfreulich und ermutigend, ergänzte Hirschall und wies darauf hin, daß es bei diesem Unternehmen bereits einmal „merkwürdige Provisionszahlungen“ gegeben habe.

GR. NEUMANN (ÖVP) erklärte, bei der Stadion-Sanierung seien die Kosten um über 40 Prozent gegenüber dem vorgesehenen Kostenlimit explodiert. Das Kontrollamt habe festgestellt, die Stadthalle hätte zeitgerecht eine Sachkrediterhöhung beantragen müssen. Aber der seinerzeitige Stadtrat Mrkvicka habe beruhigt, während es dem Finanzstadtrat hätte auffallen müssen, wie sich die Kosten entwickeln. Dieser habe jedoch in „parteilicher Pflichterfüllung“ geschwiegen. Nun soll eine teilstaatliche Bank, deren Firmen an der Errichtung des Stadions beteiligt waren, die EKAZENT-Consult übernehmen. Hier sei nicht die Privatisierung Vater des Gedankens. Im Zusammenhang mit dem Verkauf der EKAZENT-Consult sollte klar werden, wie es mit offenen Rechnungen und Forderungen steht, wie es um die Zukunft begonnener und geplanter Projekte, wie etwa des Neugebäudes in Simmering, steht, wie die Planung für die

Forts. von Blatt 763

Forts. auf Blatt 765

Forts. von Blatt 764

Heldenplatzgarage, das Margaretenbad und die Roßauer Kaserne aussieht. Die Länderbank sei erst vor wenigen Jahren mit einer Milliarden-spritze aus den roten Zahlen geholt worden, nun solle sie in eine neue Krise geführt werden. Vizebürgermeister Mayr bediene sich kommunaler Firmen und halbstaatlicher Banken, um seine Ziele mit Steuergeldern zu erreichen. Neumann forderte eine Wiedereinsetzung der Beteiligungskommission und ihre Ausstattung mit mehr Kontrollmöglichkeiten.

GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) stellte fest, daß der Gemeinderat auf die wirtschaftliche Vermögensverwaltung der Stadt zu achten hat. Weil der Verkauf der EKAZENT-Consult lediglich über die Medien bekannt wurde, mußte die Opposition zum Mittel der Dringlichen Anfrage greifen. Es sei zu klären, wie es zu den horrenden Baukostenüberschreitungen, zu Fehl- und Doppelverrechnungen gekommen sei und wer die wirtschaftliche und politische Verantwortung dafür trage. Überdies sei zu fragen, wieviel die EKAZENT-Consult wert sei, wenn man sie nun verkaufen will. Auch stelle sich die Frage nach der Verantwortung der Stadthalle und des Sportamtes.

Vizebürgermeister MAYR warf der ÖVP vor, eine Politik von politisch motivierten Behauptungen und Unterstellungen auch persönlicher Art zu betreiben. Das habe nichts mit sachbezogener Kritik zu tun, sagte Mayr. Mayr wies in diesem Zusammenhang auf die Kritik der ÖVP bezüglich der Schenkung des AKH an die Wiener Universität, der Planung des Zentralbahnhofs oder auch der Donauraumplanung hin. Das gleiche gelte für die Aussagen der ÖVP über die Renovierung des Stadions. Hier seien verschiedene Fakten, wie die notwendige Aufstockung der Sachkredite und die durch die mangelhafte Bauaufsicht der EKAZENT verursachten Mehrkosten von der ÖVP vermischt worden. Zum möglichen Verkauf der EKAZENT sagte Mayr, daß diese als Consulting-Firma vom Vertrauen der Kunden lebe. Nach der politischen Diskussion sei gerade dieses Vertrauen in Mitleidenschaft gezogen. Eine grundsätzliche Lösung sei in Diskussion, die Entscheidung werde in den zuständigen Gremien der Wiener Holding getroffen.

In Beantwortung der Dringlichen Anfrage teilte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK mit, er sei über die Verkaufsabsichten bezüglich der EKAZENT-Consult informiert worden und halte den Zeitpunkt des Verkaufs für optimal. Diese Transaktion stehe in keinem Zusammenhang mit der Prüfung des Unternehmens. Wirtschaftspolizei und Staatsanwaltschaft haben ihre Untersuchungen noch nicht abgeschlossen. Im Zusammenhang mit dem sogenannten „Stadion-Skandal“ liege kein Fehlverhalten eines Mitgliedes der Wiener Stadtregierung vor. Die von der Volkspartei geforderte Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse bei der EKAZENT-Consult sei durch die Geschäftsordnung nicht gedeckt und falle in den Aufgabenbereich der Holding. Die Wiedereinsetzung der Beteiligungskommission lehnte Bürgermeister Dr. Zilk ab und meinte, die Mängel hätten auch durch eine politische Kontrolle nicht festgestellt werden können. Dazu sei das Kontrollamt das richtige Organ.

Die Sitzung des Gemeinderates schloß um 16.40 Uhr. (Schluß) red